
Kommentar: Jetzt hat der Wolf den Schafspelz angezogen

Von Hans-Robert Richarz

Als Freund der Autobranche hat sich Jürgen Resch, Geschäftsführer des Vereins, der sich selbst als Deutsche Umwelthilfe (DUH) bezeichnet, bisher noch nie geoutet. Jetzt aber lässt er seinen Verein am Vorabend der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt einen „Zwölf-Punkte-Plan“ veröffentlichen, mit dem er „den aktuellen Niedergang der Automobilindustrie“ stoppen will. Das ist so ähnlich, als wolle die AfD aus Sorge um die Völkerverständigung den Ausländeranteil in Deutschland verzehnfachen.

Das klingt nicht nur absurd, das ist es auch. Denn bei genauerem Hinsehen bedeuten Reschs Forderungen keinen Rat für die Konzerne für den Weg nach oben, sondern das Gegenteil. Bislang hatte Resch kaum etwas unversucht gelassen, die Branche an den Rand des Abgrunds zu treiben. Würden die Unternehmen jetzt seinen Plan befolgen, wäre das ein Schritt weiter.

Besonders größere SUVs und Vans stehen im Mittelpunkt des Feindbilds der DUH, obwohl die gerade einmal drei Prozent aller neu zugelassenen Fahrzeuge ausmachen. An der Spitze des SUV-Absatzes stehen aber die kompakteren und damit verbrauchsfreundlichen Exemplare dieser Sparte wie zum Beispiel der VW T-Roc. Soll also die Industrie die Verbraucherwünsche übergehen, die erfolgreichsten Modelle einstellen und auf Empfehlung der DUH mit dem Bau dieser Autos komplett aufhören? Das käme einem industriellen Suizid gleich. Auch die Forderung des Vereins an das Klimakabinett der Bundesregierung „keine Neuzulassung von reinen Verbrenner-Pkws in Deutschland ab dem 1.1.2025“ mehr zu erlauben, ist wenig zielführend. Von alternativen, CO₂-neutralen Kraftstoffen haben sie offenbar noch nichts gehört.

Überdimensional auch der Knüppel, mit dem die Umwelthilfe auf echte ebenso wie auf ihrer Meinung nach verdächtige Drahtzieher der Diesellaffäre eindrischt. Ihnen allein widmet sie fünf Punkte ihres Katalogs, wobei der Anspruch von der Offenlegung sämtlicher Akten über die „kostenfreie Nachrüstung aller elf Millionen Diesel-Pkw der Abgasstufe Euro fünf und sechs“ bis zur „Verhängung von 5000 Euro Ordnungsstrafe pro Betrugsdiesel“ reicht.

Zum Thema Elektroautos werden „unmittelbar wirksame Anreize für die Automobilindustrie“ gefordert, „effiziente und attraktive batterieelektrische Fahrzeuge zu entwickeln“. Was die Klimafreundlichkeit der kompletten Umweltbilanz dieser Autos angeht, kann man der DUH nur raten, einmal ein Gespräch mit den Fachleuten des renommierten Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme ISE in Freiburg zu führen. Und dass die Forderung nach einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h Innerorts damit begründet wird, „die Wettbewerbsfähigkeit von E-Fahrzeugen zu verbessern“ ist ein durchsichtiger Versuch, den einen zu schaden, damit die anderen besser aussehen.

Doch erst ganz am Ende ihres Forderungskatalogs offenbart sich die DUH als Wolf im Schafspelz und schreibt, worum es ihr tatsächlich geht, nämlich die „Verbraucher zu einem ‚Verbrenner-Fasten‘ aufzurufen“, also „keine neuen Fahrzeuge mit reinem Verbrennungsmotor mehr zu kaufen. Idealerweise Verzicht auf einen Pkw und Nutzung von Bahn, Bus, Straßenbahn und Fahrrad“. Wer sich dann all die schönen Fahrzeuge zulegen soll, die zurzeit von der Branche mit 800 000 Beschäftigten – um deren Schicksal sich der Verein angeblich am meisten sorgt – produziert werden, bleibt im Dunkeln.

„Wenn die Bundesregierung BMW, Daimler und VW keine Radikalkur in Richtung

Zukunftsfähigkeit und Umstieg auf alternative Antriebe verordnet, werden diese in wenigen Jahren nur mehr ein Nischendasein als Hersteller für Oldtimer-Ersatzteile spielen", poltert Resch. Das hätte er wohl gerne. (ampnet/hrr)

Bilder zum Artikel



Hans-Robert Richarz.

Foto: Auto-Medienportal.Net